

## VCI Hessen Position UMWELT

Umweltpolitik ist kein isoliertes Regulierungsfeld, sondern vielmehr Industriepolitik. Es braucht daher einen wettbewerbsorientierten Ansatz in der Umweltpolitik auf EU-, Bundes- sowie Landesebene. Deutschland verfügt bereits über eine der strengsten Umweltschutzgesetzgebung weltweit. Diese hohen Standards dürfen jedoch nicht durch überbordende Bürokratie konterkariert werden. Die Realität zeigt: Komplexe Berichtspflichten, Doppelregulierungen und langwierige Genehmigungsverfahren blockieren nicht nur Investitionen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit, sondern gefährden auch die Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie. Umweltpolitik muss als strategischer Standortfaktor genutzt werden. Es braucht daher einen konsequenten Bürokratieabbau und eine grundlegende Vereinfachung des

Umweltrechts. Regulierung muss sich wieder stärker an ihrer tatsächlichen Wirkung orientieren und darf die „licence to operate“ nicht gefährden. Behörden und Unternehmen gleichermaßen brauchen praktikable, schlanke und digitalisierte Prozesse statt wachsender Dokumentationslasten.

Auch auf europäischer Ebene besteht dringender Handlungsbedarf. Der Umwelt-Omnibus muss deutlich ambitionierter ausfallen als bislang absehbar. Ziel muss eine echte Entschlackung und Harmonisierung bestehender Regelwerke sein. Zusätzliche Verschärfungen durch „Gold-Plating“ dürfen nicht stattfinden. Stattdessen braucht es eine stringente 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben bei konsequenter Nutzung bestehender Spielräume.

## DAFÜR SETZT SICH DER VCI HESSEN EIN

### » Verschlinktes Immissionsrecht

Das Immissionsschutzrecht steht mit der Novellierung der Industrieemissions-Richtlinie unter Druck: Die Einhaltung von Grenzwerten sollte weiterhin innerhalb der Bandbreiten (und nicht strengstens) verlaufen. Alle Ausnahmetatbestände müssen in deutsches Recht aufgenommen werden. Die EU-Luftqualitäts-Richtlinie setzt neue Grenzwerte, die praktisch kaum umsetzbar sind. Dies führt zu erneuter regulatorischer Unsicherheit.

### » Ausgeklügelte Wasserpolitik

Die angekündigte Novellierung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie bietet Chancen für ein besser durchdachtes Wasser- und Abwasserrecht. Das beschlossene Water Package mit zu niedrig angesetzten Grenzwerten gefährdet vielerorts wasserrechtliche Erlaubnisse. Die EU-Kommunalabwasser-Richtlinie benötigt längere Umsetzungsfristen und ein durchdachtes Umsetzungsmodell. Auch auf Landesebene können verschlankte Regularien und weniger Anzeigepflichten bei der Abwassereigenkontrollverordnung, der Indirekteinleiter-Verordnung sowie dem Hessischen Wassergesetz einen spürbaren Mehrwert für Betriebe erzielen.

### » Praktikables Umweltrecht

Die Vorschläge in der Modernisierungsagenda von Bund und Ländern sowie seitens der Industrie gilt es umzusetzen und zusätzlich Zertifizierung und Berichtspflichten einzudämmen. Im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sollte das Anzeigeverfahren ausgeweitet werden, sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung bei gleichzeitiger Wahrung von Betriebsgeheimnissen weiterentwickelt werden. Auf EU-Ebene sollte das UVP-Recht optimiert werden.

### » Risikobasierte Chemikalienpolitik

Die Absage an eine grundlegende Änderung der funktionierenden REACH-Verordnung ist begrüßenswert. Vereinfachungen und Modernisierung sollten über bestehende Anhänge erfolgen. Eine kluge Chemikalienpolitik bedarf einer wissenschaftlich fundierten und risikobasierten Herangehensweise. Hier besteht Nachholbedarf beim laufenden Verbotverfahren von PFAS. Es besteht die unabsehbare Gefahr, dass sicherheitsrelevante, industriell wichtige Anwendungen, sowie lebensnotwendige Gesundheitsprodukte verschwinden.

Stand: Mai 2026